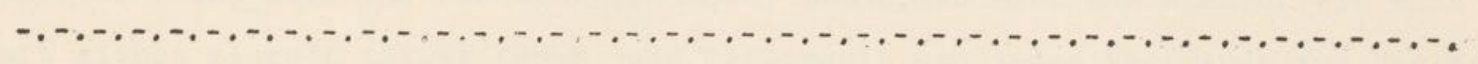


G. Bollen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 432
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 4. Dezember 1929



WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 4. Dezember 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Generaldebatte über den städtischen Rechnungsabschluss für 1928 fort.

GR. Gschladt (E.L.) kritisiert, dass die Ausführungen des Finanzreferenten über den Rechnungsabschluss sehr kurz waren, obwohl die Abweichungen des Rechnungsabschlusses vom Voranschlag sehr aufklärungsbedürftig wären. Der Rechnungsabschluss bietet das Bild einer unaufrichtigen Veranschlagung. Die veranschlagten Einnahmen von 443 Millionen Schilling wurden um fast 60 Millionen und die veranschlagten Ausgaben von 478 Millionen Schilling um fast 23 Millionen Schilling überschritten. Schliesslich hat sich der veranschlagte Gebarungsausgang von 35'6 Millionen Schilling in einen Ueberschuss von 286.000 Schilling verwandelt. Ein anderes Kapitel sind die Rücklagen. Wenn sie im kaufmännischen Gebiet nicht unerlässlich sind, so trifft dieser Grundsatz auf die öffentliche Verwaltung nicht zu, da diese nicht auf eine Gewinnwirtschaft, sondern auf die Bedarfswirtschaft abgestellt sein muss. Die ausgewiesenen Rücklagen machen nahezu 5 Millionen Schilling aus. Sie sollten unter den Depositen zu finden sein, doch haben wir darüber keine Ausweise. Auch der Kontrollamtsbericht gibt uns keine Aufklärung, sondern nur orakelhafte Auskünfte. Auf der einen Seite werden beim Wohnungs- und Siedlungswesen für drei Millionen Schilling Rücklagen gemacht, auf der anderen Seite werden die veranschlagten Ausgaben von 76 Millionen Schilling um zwanzig Millionen überschritten. Das zeigt, dass der Finanzreferent Defizite konstruiert, um das Privateigentum enteignen zu können. Wie man aber hört, soll das Stadtbauamt nur 12 Millionen Schilling angefordert haben, um rückständige Rechnungen begleichen zu können. Breitner war freigiebig und hat 20 Millionen Schilling gegeben. Das war eine Verlegenheit für das Stadtbauamt und da ist nun, wie die Sage geht, ein Brief von der Gesiba rechtzeitig gekommen, worin mitgeteilt wird, dass sie an die Gemeinde eine Forderung von 4 Millionen Schilling hat. Wenn das alles wahr ist, so ist das eine Machination, die in einer öffentlichen Verwaltung an Betrug streift. Ebenso wird mit der Interimsgebarung Ballon gespielt. Verluste von 8'5 Millionen Schilling werden einfach in der Interimsgebarung versteckt, während Ersparungen und Gewinnste als Rücklagen aus
456

Rechnungslegung hinaus eskamotiert werden. In Wirklichkeit bestehen zweierlei Budgets, ein sichtbares, das in seinen wichtigsten Teilen fiktiv ist und ein unsichtbares, das nur der Finanzreferent kennt, das aber den anderen ein Buch mit sieben Siegeln ist. Es fehlt jede Sicherheit und jedes Vertrauen zur Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Soweit wir das verfolgen können, können wir eine Ersparung von 41 Millionen Schilling feststellen, die aber in Wirklichkeit weit höher ist. Da klagt der Finanzreferent noch über die Knappheit der ihm zur Verfügung stehenden Mittel? Mit diesen grossen Beträgen hätte man vielerlei schaffen können man hätte das Bauprogramm viel reicher dotieren, ja man hätte vier solche Gehaltsregulierungen machen können, wie sie gemacht worden sind. Das Kontrollamt wäre sicher in der Lage, hier Aufklärungen zu erteilen. Dass diese Aufklärung trotzdem nicht erteilt werden, lässt nur den einen Schluss zu, dass das Kontrollamt nicht sprechen darf. Dass ist ein unerträglicher Zustand und wir hoffen, dass die Zeit nicht mehr ferne ist, da noch deutlicher als jetzt in das Dunkel hineingeleuchtet werden kann, im Interesse des Ansehens der Stadt und der ganzen Bevölkerung (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

Nun gelangt St. R. Breitner zum Schlusswort in der Generaldebatte und bemerkt gegenüber den Ausführungen des Gⁿ. Zimmerl: Die mir in den Mund gelegte Aeusserung, dass es besser sei, es verarme die Wirtschaft als die Gemeinde Wien habe ich in diesem Wortlaut nie getan. Ich habe nur stets darauf verwiesen, dass früher Kriege stets damit endeten, dass die öffentlichen Verwaltungen sich ihrer Güter entäusserten und dass ein verlorengegangener Krieg stets noch von gewissen Teilen des Privatkapitals als die richtige und ausgezeichnete Gelegenheit zur grössten Bereicherung betrachtet wurde. So hat einmal das alte Oesterreich seine Eisenbahnen an das Privatkapital übergeben und später mit einem ungeheuren Geldaufwand rückerlösen müssen. So sind nach Kriegen öffentliche Anleihen zu den tiefsten Kursen, etwa der Hälfte des Nominalwertes ausgegeben und zum vollen Nennwert allmählich getilgt worden. Ähnliche Bestrebungen haben sich ja selbst im Frühjahr 1919 in Wien gezeigt und die Versuche die deutschen Bundesbahnen dem Privatkapital zuzuschancen sind allgemein bekannt. Am besten ist es, wenn weder die Wirtschaft noch die Gemeinde verarmt. Wie wenig wir wünschen, dass die Wirtschaft verarmt, geht ja am besten aus der Förderung hervor, die ~~wird~~ der Privatwirtschaft angedeihen lassen. So zum Beispiel bei Uebernahme der Haftung für Russlandgeschäfte durch die der Wirtschaft Aufträge von rund 65 Millionen Schilling zugeführt werden konnten, durch die Verbürgung ausserordentlich verbilligter Kredite an das Gewerbe durch die Errichtung eines eigenen Gewerbeförderungsinstitutes und durch die Förderung des Fremdenverkehrs, mit dem sich die Gemeinde in der Vorkriegszeit überhaupt nicht befasst hat. Wenn gesagt wurde, dass für Arme und Kranke nichts geschehe so ist im Gegenteil richtig, dass die Steigerung der Ausgaben auf die Angliederung immer neuer Zweige an das Wohlfahrtswesen zum Teil zurückzuführen sind. Die Nettoausgaben Wiens für das Wohlfahrtswesen haben im Jahre 1913 Schilling 29,421.000 ausgemacht. Für das Jahr 1930 beträgt der Nettoaufwand für das Wohlfahrtswesen Schilling 90,595.000. Wir geben also mehr als dreimal so viel aus wie in der Vorkriegszeit. Ganz neue oder erheblich ausgestaltete Zweige der Fürsorge sind: Die Schulausspeisung, die Säuglingswäsche, die Aktion "Lehrlinge aufs Land" der Beitrag an das Wiener Jugendhilfswerk, die Unterbringung von Kindern in Erholungsstätten, die früher nicht bestanden, Mutterberatungsstellen, die grosszügige Schaffung der Kindergärten, die jetzt 7 ein halb Millionen Schilling kosten gegenüber früher einer Million Schilling, die Horte mit Schilling 1,118.00 gegenüber früher bloss Schilling 183.000, das Netz der Jugendämter, die drei Kinderspitäler, die Wien aus der versagenden Privatfürsorge abgenommen hat, das neue Entbindungsheim, die Tuberkulosefürsorge mit einem Aufwand von 10 1/2 Millionen Schilling, der die Vergangenheit fast gar nichts gegenüberzustellen hat, die gesamte neugeschaffene Gesundheitsfürsorge in den Schulen, die Schulzahnkliniken, Schulärzte, die augenärztliche Zentrale und die gewaltigen Beiträge Wiens zu den Notstandshilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge mit rund 12 Millionen Schil.

ling, sowie die bedeutenden Ausgaben für die Förderung von Sport und Körperkultur. GR. Zimmerl hat sich besonders eingehend mit den angeblichen Verlusten der Gemeinde unter der gegenwärtigen Verwaltung beschäftigt und er ist sogar so weit gegangen, von einem Siechenhaus zu sprechen. Diese Vorwürfe müssen auf das richtige Mass zurückgeführt werden. Vom 1. Jänner 1923 bis Ende 1929 hat Wien rund 2'8 Milliarden Schilling verausgabt. Nach sehr verlässlichen Schätzungen kann für diese vier Jahre ein Betrag von mindestens 700 Millionen Schilling als der Goldwert angenommen werden. Das sind zusammen drei Milliarden 500 Millionen Schilling. Davon deren nach der Aufstellung des GR. Zimmerl und mit einer Auf- rundung nach oben 7 Millionen Schilling gewesen, das ist ein Fünftel Prozent oder von hundert Schilling zwanzig Groschen. Jeder Kaufmann weiss, wie völlig un- bedeutend und für die Beurteilung des Enderfolgs ganz und gar unwesentlich eine Verlustziffer von ein Fünftel Prozent ist. Es gibt keinen kleinen oder grossen .. Geschäftsbetrieb, der nicht damit rechnen müsste, weit grössere Teile der umge- setzten Gelder als Verlust zu buchen. Keine einzige von den Dutzenden Banken wäre zugrundegegangen, wenn sie ein Fünftel Prozent Verlust gehabt hätte. Auch die den österreichischen Kredit schwer schädigende Fussionierung der Bodenkredit anstalt hätte niemals erfolgen müssen, wenn dort nur ein Fünftel Prozent Ver- lust gewesen wäre. Es ist dies die bekheidneste, im wirklichen Leben über- baupt nicht vorkommende Verlustquote, die in der Privatwirtschaft als der Be- weis eines ganz ausgezeichneten, eines ganz ungeheurer hervorragenden Erfolges betrachtet wird. Bei der öffentlichen Verwaltung genügt das aber, um von einem Siechenhaus zu sprechen. GR. Zimmerl hat allerdings in der gleichen Rede reklärt, dass Wien eine der reichsten Städte sei und nachgerechnet, dass sich in den letzten Jahren das Vermögen der Stadt um mehr als tausend Millionen Schilling vermehrt habe. Die Minderheit wird sich entscheiden müssen, ob Wien unter der sozialdemokratischen Verwaltung reich oder arm geworden ist. Steht der Zuwachs an Vermögen in riesenhaften Umfang und ein wirtschaftlichen Siechenhaus sind unlösbare Widersprüche (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit). Mehr als die Hälfte des ganzen von GR. Zimmerl vorgerechneten Verlustes entfällt auf das La- gerhaus. Für diese Verluste sind jene Leute verantwortlich, die den Krieg her- beigeführt und dem Lande den Gewaltfrieden auferlegt haben. Die Wiener städti- schen Lagerhäuser sind ja für das grosse Wirtschaftsgebiet der alten Monarchie errichtet worden. Im Jahre 1912 wurden im Lagerhaus 1,500.000 Meterzentner ein- gelagert, im Jahre 1928 waren es bloss 793.000, also rund die Hälfte. Im Frie- den hatte das Lagerhaus ohne das damals nicht fertige Kühltagehaus 247 Ange- stellte aller Art. Zur Zeit der Scheinkonjunktur und der Warenhamsterei des Jah- res 1922 waren 1008 Personen beschäftigt, jetzt werden es, wenn noch der letzte Teil des Abbaues durchgeführt werden wird, nur mehr 251 sein. Es wurde versucht das Lagerhaus durch Angliederung einer Reihe von Veredelungsanlagen leistungs- fähiger und zugkräftiger zu gestalten. Aber all das reicht nicht hin, den Riesen- entfall der Hälfte der Einlagerung wett zu machen. Dazu kommt noch, dass die Nachbarstaaten mit uns einen erbitterten Tarifkampf führen. Wie verhalten sich demgegenüber die österreichischen Behörden? Die Bundesbahnen haben sich erst in der allerletzten Zeit zu einer etwas freundlicheren Behandlung des Wiener Platzes entschlossen. In erster Linie wäre das Handelsministerium berufen, alles aufzubieten, um Wien zu seiner alten Geltung als Umschlagsplatz zu verhelfen und die Lagerhäuser zu fördern. Statt dessen hat das Ministerium statt des ur- sprünglichen Pachtzinses von 8000 Kronen nach Endigung des Vertrages am 31. Dezember 1925 Schilling 86.000 jährlich rückwirkend vom 1. Jänner 1926 verlangt. (Lebhafte Hörtrufe bei der Mehrheit), also trotz des allgemein geltenden Mietengesetzes rund das Achtfache. Nach langen Bemühungen gelang es zu er- reichen, dass das Handelsministerium den Betrag auf 16.000 Schilling ermässigte, was noch immer eine Steigerung um das Zwanzigtausendfache ist, dabei wurde uns aber die völlig unannehmbare Bedingung gestellt, dass die Lagerhäuser räumlich- keiten-es handelt sich um die ~~maschinenhalle~~ Maschinenhalle des pro- visorischen Baues der Weltausstellung des Jahres 1873, der ursprünglich zum Verschwinden nach ein paar Monaten bestimmt war in einem noch immer für Lager- hauszwecken vollkommen geeigneten Zustand rückgestellt werden müssen. Das hätte Erhaltungskosten unsinniger Art erfordert und musste abgelehnt werden. Es be- steht daher ein vertragsloser Zustand, der jede weitergreifende Verfügung voll- kommen verhindert. So sieht die Unterstützung aus, die das Handelsministerium den Lagerhäusern gewährt. Das Ziegelwerk Oberlaa wurde auf Grund eines Referates das ein Mitglied der Minderheit erstattet hat, angekauft, es ist also nicht irgendein bolschewistisches Experiment, das die Mehrheit unternommen hat. Die ganze Anlage wurde in der Zeit der stabilen Währung erbaut. Das ganze aufge- wendete Kapital muss zu den jetzt geltenden Sätzen verzinst werden und es ist dadurch der städtische Betrieb gegenüber allen anderen Werten, denen die In- flation die Annulierung aller vorhandenen Schulden gebracht hat, sehr in Nach- teil geraten. Der beste Beweis, dass bei einer Gemeinde nicht eigenes Verschul- den vorliegt, kann dadurch erbracht werden, dass das grösste und älteste Un- ternehmen dieser Branche, die allgemein bekannte Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft für das Jahr 1926 einen Verlust von Schilling 132.000, für das Jahr 1927 einen Gewinn von bloss 12.287 Schilling und für das Jahr 1928 einen solchen von bloss Schilling 4583 aufweist, ohne dass Abschreibungen vor- genommen wurden, während bei Oberlaa selbstverständlich Abschreibungen erfolgt sind.

Schliesslich ist dieser Verlust bei Oberlaa keineswegs ein endgiltiger, es besteht durchaus die Erwartung und die Möglichkeit, diesen Abgang in den Jahren einer günstigeren Entwicklung wieder zu tilgen. Ganz das Gleiche gilt von den Porphyritwerken, die nicht mit ausreichendem Kapital ausgestattet wurden, daher zu viel Bankzinsen zu tragen hatten, im übrigen nur einen ganz bescheidenen Abgang aufweisen, der im Laufe der Zeit gewiss wird hereingebracht werden können. Für den Verlust bei der Steinag wird die Gemeindeverwaltung mit Unrecht verantwortlich gemacht, da die Gemeinde nicht annähernd die Hälfte des Aktienbesitzes in Händen hat. Der Verlust ist im übrigen lediglich auf die allgemein ungünstige Lage des Baugewerbes zurückzuführen. Was die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft betrifft, so war es nicht die derzeitige sondern die frühere Mehrheit, welche die grossen Pachtungen der ehemaligen kaiserlichen Güter und des Dreherischen Besitzes beschlossen hat. Wir haben sehr rechtzeitig eine eigene Betriebsgesellschaft gegründet und die ganze Verwaltung aus dem Rahmen des Magistrates losgelöst, da die Einführung der bei der Hoheitsverwaltung geltenden Zahlungsformen in die Landwirtschaft zu ganz unhaltbaren Zuständen und zu den schwersten Verlusten hätte führen müssen. Wir sind also durchaus vorsichtig und kaufmännisch vorgegangen. St. R. Breitner legt sodann unter Hinweis auf Ausführungen des Bundeskanzlers Streeruwitz im Nationalrate sowie auf Äusserungen des Landeshauptmannes Dr. Buresch und auf einen Antrag christlichsozialer Nationalräte dar, welche ausserordentliche Krise in der Landwirtschaft herrscht. All das muss selbstverständlich auch für die von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft Geltung haben. Daher sind Vorwürfe dieser Art nicht im allergeringsten mehr objektiv und müssen entschieden zurückgewiesen werden. Hinsichtlich der Obst- und Gemüse A.G. deren Verluste so dargestellt werden, als ob dort wirklich jemand gestohlen oder in unerhört leichtfertiger Weise gewirtschaftet hätte verweist der St. R. Breitner darauf, dass in den Jahren 1926, 1927, 1928 und in den ersten zehn Monaten des Jahres 1929 in Wien nicht weniger als 28 Obst- und Gemüsehändler in den gerichtlichen Ausgleich gegangen sind. Der Grund hierfür liegt darin, dass in den letzten Frühjahrern völlig unvermutet heftigste Kälteeinbrüche waren, durch die alle rollende Ware vernichtet wurde, und Millionenwerte zugrundegegangen sind. Auch die Obst- und Gemüse A.G. ist von dieser höheren Gewalt nicht verschont geblieben. Wenn man da noch von einem Verschulden der Gemeindeverwaltung redet, ist es allerdings aussichtslos sich darüber sachlich auseinanderzusetzen. Das ist Post für Post jenes ein Fünftel Prozent der Gesamteinnahmen, das angeblich verwirtschaftet wurde. Die Wirklichkeit sieht, wie ich bewiesen habe, ganz anders aus. Wenn man aber schon von diesen Dingen spricht, ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, auch von jenen Unternehmungen zu reden, die eine gute, ja vielfach ganz vorzügliche Entwicklung genommen haben. Bei den städtischen Unternehmungen ist es gelungen, eine geradezu amerikanisch erscheinende Entwicklung zu bewirken. Im Mai 1919 hatten die städtischen Gaswerke 189.977 Abnehmer. Am 1. Dezember d. J. 466.639, die städtische Elektrizitätswerke im Mai 1919 - 167.515, am 1. Dezember 1929 - 604.093. Gas und Elektrizität sind erst durch unsere Verwaltung zum Allgemeingut der Wiener Bevölkerung gemacht worden. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien weist heute unter allen Kreditinstituten Oesterreichs den weitaus höchsten Einlagenstand auf, sie hat sich in den Zeiten der düstersten Spekulation vollkommen rein und frei von allen diesen Treibereien gehalten, gar keine Verluste erlitten und geniesst heute uneingeschränktes Vertrauen. Die städtische Versicherungsanstalt war durch die Inflation ihrer ganzen Grundlagen beraubt, es wurde in energischer Umstellung unter einer neuen Direktion das Brandschadengesetz und eine Reihe anderer Versicherungen aufgenommen und heute steht die Anstalt in der Brandschadenversicherung an erster Stelle unter allen österreichischen Instituten. Die Terag, an der die Gemeinde Wien mit mehr als zur Hälfte beteiligt ist, hat in der ganzen Branche den führenden Rang und ist ein vollkommen festgefügtes Unternehmen. Die öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft ist der grösste Küchenbetrieb Oesterreichs, der deutsche Verlag für Jugend und Volk weist eine sehr günstige Entwicklung auf. Ganz ausgezeichnet geführt ist die Gesiba und die Wihoko. St. R. Breitner kommt sodann auf eine Äusserung des St. R. Kunschak zu sprechen, welcher über den Aktienbesitz der Gemeinde Wien, der mehr als 12 Millionen Schilling betragen soll zu sprechen und erklärt, dass da die Gemeinde Wien nicht an einem Verkauf dieser in der Sozialisierungsperiode in Anspruch genommenen Werte denkt die Börsenkurse gar nicht nachgerechnet werden. Es wurde aber festgestellt, dass der Gemeinde aus dem Verkauf von Bezugsrechten, die sie nicht ausgeübt hat, ein höherer Schillingbetrag zugekommen ist, als alle diese Aktien gekostet haben, die daher insgesamt auf Null abgeschrieben werden könnten. Ferner weist St. R. Breitner darauf hin, das Brauhaus von 1906 bis 1913 einen Verlust von Schilling 1.879.000 zu verzeichnen hatte, es von 1923 bis 1928 Gewinne von Schilling 3.249.000 erzielt hat. Will man zu einem halbwegs gerechten Urteil kommen, dann muss man aber auch zum Vergleich andere öffentliche Verwaltungen heranziehen und prüfen, ob die es besser getroffen haben. Ich will nicht von Einzelheiten sprechen, nicht etwa von Missständen in der Tabakregie obwohl die Opposition, wenn sich ähnliches in einem Zweige der städtischen Verwaltung ereignet hätte, daraus die längsten Aklagereden formen würde. Ich möchte nur jenen mühe-

seelig zusammengesuchten kaum 7 Millionen angeblicher Verluste der Gemeinde Wien den Schaden gegenüberstellen, den die Postsparkasse durch ihre Beteiligung an Frankenspekulationen erlitten hat und der einschliesslich des Verlustes, der sich durch die bekannte Transaktion in Bodenkreditaktien ergibt, Schilling 197 Millionen beträgt (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit). Wenn G^R. Zimmerl im Hinblick auf die Gemeinde von einem Siechenhaus gesprochen hat, dann kann man angesichts dieser gigantischen Katastrophe wohl nur von einem Leichenhaus reden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Und sehen wir uns die vielgerühmte Privatwirtschaft an, die Bankenzusammenbrüche, betrachten wir das, was sich zur Zeit in Deutschland, in Amerika vollzieht! Das Verwaltungsjahr 1928 ist bei der Gemeinde nicht durch Verluste, nicht durch ein Defizit gekennzeichnet, sondern wir schliessen die Gebarung mit einem Ueberschuss von 286.000 Schilling. St. R. Breitner befasst sich sodann mit den Ausführungen des G^R. Gschladt und bemerkt, dass hinsichtlich der Rücklagen gar kein Geheimnis bestehe, dass sich vielmehr im Rechnungsabschluss eine vollständige Zusammenstellung über alle Betriebsüberschüsse und Rücklagen findet. Am Schlusse ~~inmitten~~ spricht St. R. Breitner dem Kontrollamt der Stadt Wien den Dank aus, und bemerkt, dass wenn es zu einer Kontrolle durch den Rechnungshof kommen sollte, und dass wenn der Rechnungshof objektiv kontrollieren wird, er wird feststellen können, dass wir nicht mehr Fehler machen, als sie allem Menschenwerk anhaften. Wenn wir uns dennoch gegen die Kontrolle durch den Rechnungshof gewährt haben so nicht etwa deshalb, weil wir etwas zu scheuen hätten, sondern weil eine solche Kontrolle dem Gedanken der Selbstverwaltung zuwider läuft. Wir hoffen, dass die Kontrolle durch den Rechnungshof eine würdige und objektive sein wird und es wird sich dann ergeben, dass wir trotz Irrtümern und Fehlern den richtigen Weg gehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzen beendet.

Es wird nunmehr die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform verhandelt.

Dazu spricht St. R. Rummelhardt (E. L.) der ausführt, dass die Verwaltung der Stadt Wien eine kontrollose genannt werden muss. Die Unterstellung der Verwaltung unter den Obersten Rechnungshof ist daher sehr notwendig. Mit der Schaffung der Gemeindegewache haben Sie eine Tat gesetzt, die dem Gesetz nicht entspricht. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer ungesetzlicher Daten. Wir haben nichts gelesen, dass das Kontrollamt darüber irgendeine rügende Bemerkung in seinem Bericht gemacht hätte. Wenn das Kontrollamt neben dem Obersten Rechnungshof weiter bestehen soll, muss die Kontrolle im inneren durch eine Kontrollkommission erfolgen. Der Redner kommt dann noch auf die Gemeindegewache zurück, wobei er auf eine Bemerkung des Bürgermeisters Seitz, die Auflösung der Gemeindegewache werde im Zuge der allgemeinen Abrüstung durchgeführt werden ausführt, dass diese Ansicht des Bürgermeisters ganz falsch sei, da nur die Auflösung der freiwilligen Organisationen unter der inneren Abrüstung zu verstehen sei. Die Gemeindegewache jedoch wurde als ein Organ der Gemeinde geschaffen. St. R. Rummelhardt verlangt dann die Entpolitisierung der Personalverwaltung, die Gleichstellung der christlichen Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften sowie die Abstellung des Zustandes, dass nur Sozialdemokraten in den städtischen Dienst aufgenommen werden. Er kritisiert dann, dass nur sozialdemokratisch gesinnte Angestellte ausgezeichnet werden und verweist darauf, dass von 120 Bürgerschulkatecheten bis jetzt kein einziger ausgezeichnet

wurde. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich mit der Lehrerakademie, die ja als ein völlig ungesetzliches Institut bezeichnet, da die Lehrerbildung Sache des Bundes ist. Diese Anstalt ist eine Fabrik für die Preparierung von Lehrern für Ihre Partei. Jene Lehrer, die sich nicht reparieren lassen, werden auch nicht angestellt. Für die Lehrerakademie wurden fast 170.000 Schilling ausgegeben. Daneben aber gibt es Schulen, deren Dächer so schadhaft sind, dass es ins Haus hineinregnet. Die Kosten für diese Reparaturen jedoch werden vom Finanzreferenten nicht bewilligt. Mit dem Wunsche, dass die Verhandlungen über die Verfassungsreform in voller Eintracht abgeschlossen werden, schliesst der Redner seine Ausführungen.

Ihm erwidert St. R. Speiser, der zunächst feststellt, dass Anstellungen nur gemäss dem wirklichen Bedarf erfolgen. Es könne auch von einer nach parteiischen Gesichtspunkten geführten Personalverwaltung keine Rede sein. Von einer Bevorzugung von sozialdemokratisch gesinnten Angestellten bei Auszeichnungen könne ebenfalls nicht die Rede sein; das könne durch zahllose Fälle bewiesen werden. (Beifall bei der Mehrheit).

Nun gelangt die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung zur Verhandlung.

St. R. in Dr. Motzko (E. L.) führt dazu aus, dass ein grosser Teil der in dieser Verwaltungsgruppe vollzogenen Mehrausgaben durch Ersparnisse gedeckt sei. Sie kritisiert die überspitzte Kommunalisierung der Anstaltsfürsorge, den Bürokratismus insbesondere in der Kinderfürsorge und schliesslich, dass die ehrenamtlichen Fürsorger immer stärker an die Wand gedrückt werden, während die amtlichen Personen mit Arbeiten überlastet sind. Sehr energisch wendet sich die Rednerin dagegen, dass von einzelnen Fürsorgeräten ihr Amt parteipolitisch missbraucht werde, und verlangt die sofortige Abstellung solcher Unzukömmlichkeiten. Auch die geschlossene Fürsorge hat viele Mängel. Man muss heute viel Glück haben, wenn man überhaupt in ein Versorgungsheim aufgenommen wird. Dabie wird der Raum in diesen Anstalten immer mehr verringert. Man hat in Lainz siebenzig Plätze gesperrt um die Krankenpflegerinnenschule unterzubringen. In der Marthnstrasse hat man eine Beamtenwohnung geschaffen und so den dort sehr beschränkten Raum noch mehr verkleinert. Pfleglinge haben dort um zwanzig Groschen Taglohn arbeiten müssen. Rednerin verlangt auch Aufklärung über eine Notiz in der Reichspost, nach der in Lainz eine Pfäzgerin gegenüber den Pfleglingen, die die Kirche besuchen wollten, eine ungeziemende Aeusserung gemacht hat. Besonders zu leiden haben die Pfleglinge im Versorgungsheim Liesing, wo sie bei der letzten Gemeinderatswahl dreimal

visitiert worden sind, damit ja niemand die Liste der christlich-deutschen Wahlgemeinschaft wähle. Ein Pflegling, der eine kritisierende Bemerkung machte, erhält dafür vierzehn Tage Hausarrest. Ueber den Wahlschwindel im Liesinger Versorgungshaus wird übrigens das Gericht urteilen. Was die Behandlung der Pfleglinge anlangt wäre noch viel zu sagen. Es geht nicht an, dass die Pfleglinge in den Versorgungshäusern Freiwild für jede parteipolitische Aktion sind. Die Klagen nehmen kein Ende und es ist höchste Zeit, dass mit diesem despotischen Absolutismus gebrochen wird. (Beifall bei der Minderheit).

Auf diese Ausführungen entgegnet St. R. Professor Tandler, der zahlenmässig nachweist, dass die Gemeinde für die offene Fürsorge grosse Mehrausgaben verzeichnet. Er verurteilt jedes politische Arbeiten der Fürsorgeräte in ihrer Funktion und bittet um Mitteilung der Einzelfälle; es werde jeder Fall genauest untersucht werden. In der Martinstrasse wurde eine Hausbesorgerwohnung adaptiert und ein Beamter hingeschickt, der den Pfleglingen mit Rat und Tat zur Seite steht. Eine Beeinträchtigung der Pfleglingsräume ist dadurch nicht erfolgt. Wenn die Bezahlung von zwanzig Groschen täglich für die sogenannten Pfleglingsarbeiter bemängelt wurde, so muss doch auch berücksichtigt werden, dass die Gemeinde für diese Leute vollständig sorgt und eigentlich diese zwanzig Groschen ethisch betrachtet, eine ungehörige Ausgabe sind. Was die Notiz in der Reichspost anlangt, so handelt es sich hier um eine Erstunkene und erlogene Sache. Die Untersuchung hat ergeben, dass der Priester erklärte, er halte eine solche Aeusserung, wie sie in dieser Zeitung einen Pflegling unterschoben wird, für ganz unmöglich. Die Angelegenheit in Liesing wurde bereits untersucht. Sie hat sich ganz anders abgespielt, als hier dargestellt wurde und ergab sich die völlige Schuldlosigkeit des Verwalters und der Pflegerinnen. Der Ausgang wurde einem weiblichen Pflegling entzogen, der schon in allen städtischen Versorgungshäusern war und als unverträglich überall abgelehnt wird. Die Entziehung des Ausgangs steht mit den Wahlereignissen aber nicht im geringsten Zusammenhang. Es wäre doch sehr zu wünschen, wenn solche Anschuldigungen vorher genau geprüft werden, bevor sie in öffentlicher Sitzung vorgebracht werden, da den angeschuldigten Personen immer eine gewisse Kränkung zugefügt wird selbst wenn sich dann ihre völlige Schuldlosigkeit herausstellt (Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Volkspflege, Gesundheitswesen und Jugendfürsorge abgeschlossen. Die Gruppe wird genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Morgen Donnerstag wird der Gemeinderat die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1928 fortsetzen. Die Sitzung beginnt um fünf Uhr nachmittags.